

Inhalt

Vorwort	V
Hinweise für den Benutzer.	XIII

Zur Einstimmung

I. Prolog über eine gerechte Ordnung	1
II. Die Ordnung des Grundgesetzes	5
III. Grundgesetz für jedermann	6

Gemeinschaft – Staat

§ 1 Was ist eine menschliche Gemeinschaft?	11
§ 2 Was ist ein Staat?	16
I. Der Staat als Form menschlicher Gemeinschaft	16
II. Begegnung mit der Wirklichkeit	17
III. Staatsgebiet – Staatsvolk – Staatsgewalt	18
IV. Der deutsche Bundesstaat	20
V. Entwicklung zum Weltinnenrecht	24

Würde – Freiheit – Gleichheit

§ 3 Der Staat und das Wesen des Menschen	29
I. Grundorientierung an der menschlichen Natur	29
II. Der Denkansatz liegt beim Sein, nicht beim Sollen	31
III. Biologische Hinweise	32
1. Der neugeborene Mensch ist keine tabula rasa	33
2. Identität – Integrität – Autonomie	33
IV. Würde, Freiheit und Gleichheit formen unser Menschenbild	34

§ 4	Über die menschliche Würde	35
I.	Die Grundforderung:	
	Jeder Mensch muss als Mensch anerkannt sein	35
II.	Die rechtliche Gewährleistung	37
	1. Schlüsselwort „Identität“	37
	2. Das „Ausgeliefertsein“ als Grundsituation	38
	3. Absoluter Schutz	39
III.	Menschenwürde als Grundrecht und Basis der Grundrechte	44
§ 5	Über die Freiheit	45
I.	Idee und Begriff	45
	1. Die natürliche Anlage zur Freiheit	45
	2. Die Notwendigkeit gleicher Freiheit	46
	3. Freiheit in Verantwortung	47
	4. Verfälschung der Freiheitsidee	48
II.	Die rechtliche Gewährleistung	50
	1. Freiheitsrecht als Grund- und Menschenrecht	50
	2. Grundrechtsträger und Grundrechtsadressaten	52
III.	Die verschiedenen Funktionen der Grundrechte	55
	1. Das Grundrecht als Abwehrrecht	55
	2. Das Grundrecht als Mitwirkungsrecht	59
	3. Das Grundrecht als Leistungsrecht	60
§ 6	Über die Gleichheit	63
I.	Idee und Begriff	63
	1. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen	64
	2. Gleichheit ist Chancengleichheit	65
	3. Gleichgewichtsstörung zwischen Freiheit und Gleichheit	66
	4. Egalisierung als demokratisches Übel	68
II.	Die rechtliche Gewährleistung	70
	1. Gleichheit ist kein selbst tragendes Recht	71
	2. Der allgemeine Gleichheitssatz	72
	3. Die speziellen Gleichheitssätze	76
§ 7	Gewährleistungsgegenstand und Schutz der Grundrechte	78
I.	Was schützen die Grundrechte?	78
II.	Wie und Wieweit kann in Grundrechte eingegriffen werden?	79
III.	Besondere Schutzvorkehrungen	81
	1. Die Wesensgehaltssperre	81
	2. Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte	83

Demokratie

§ 8	Demokratie als Staats- und Regierungsform	87
I.	Repräsentative Demokratie	88
II.	Volksrepräsentation durch besondere Organe	90
1.	Das Gesetzgebungsorgan	92
2.	Das Exekutivorgan („vollziehende Gewalt“)	94
3.	Das Rechtsprechungsorgan	99
4.	Der Bundespräsident	105
§ 9	Die Bedeutung der Volkswahl	108
I.	Legitimationskreislauf in offener Herrschaftsstruktur	108
II.	Volkswahl, Auswahl und die Rolle der politischen Parteien	112
III.	Grundsätze der Wahl	115
IV.	Wahlsystem.	117
V.	Mehrheitsprinzip.	119
VI.	Die Wahl als politische Richtungsbestimmung und permanente Kontrollbewertung	120
VII.	Macht, Verantwortung und Vertrauen	121
§ 10	Der freie Diskurs in unreglementierter Offenheit	124
I.	Argumentieren als Lebensluft der Demokratie	124
II.	Der Volkswillensbildungsprozess als Rahmen des Argumentierens	127
1.	Die Grundrechte als Instrumente	127
2.	Charakter des Willensbildungsprozesses	132
III.	Staatsfreiheit der Volkswillensbildung	133
IV.	Gegenstand und Funktion der Volkswillensbildung	135
§ 11	Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen als Ergänzung der Volkswillensbildung.	136
§ 12	Distanz von Staat und Gesellschaft als Garant der Freiheit	137
I.	Prinzip der Nichtidentifizierung	138
II.	Ermöglichung verschiedener Lebens- und Organisationsformen	139
III.	Zuordnungsverhältnis von Staat und Gesellschaft	141
§ 13	Die Demokratie in der offenen Staatlichkeit	142
I.	Öffnung zu staatsübergreifenden Institutionen	144
II.	Insbesondere: Öffnung zur Europäischen Union	145
1.	Europäische Gemeinschaft und Europäische Union	145
2.	Die Folgen für die nationale Demokratie	147
3.	Das demokratische Problem	147
4.	Das Grundrechtsproblem	150

III. Öffnung zum politischen Konsens	153
IV. Sind wir auf dem Weg in eine neue Welt?	154

Wandlungen des demokratischen Systems

§ 14 Ausgangslage	157
§ 15 Gefährdung der Legitimation durch Machtverlust des Parlaments	158
I. Machtverschiebung vom Parlament zur Exekutive als Folge eines faktischen Entwicklungsprozesses.	159
1. Entwicklungen im Verhältnis Parlament und politischen Parteien	159
2. Entwicklungen im Verhältnis von Regierung und politischen Parteien	164
Exkurs: Die Dominanz parteipolitischer Gesetzmäßigkeiten und ihre Folgen	166
3. Reformüberlegungen.	170
II. Machtverschiebung als Folge der europäischen Integration .	172
1. Legitimations- und Kontrollfunktion der nationalen Parlamente	172
2. Legitimationsfunktion des Europäischen Parlaments . .	173
3. Ministerrat und nationale Regierungen in zentraler Position	175
4. Europäische Kommission	178
5. Die europäischen Rechtsprechungsorgane.	180
6. Der Europäische Rechnungshof.	180
7. Die Europäische Zentralbank	181
8. Resümee: Der Weg führt in eine Epoche der Exekutive .	181
9. Wie soll es weitergehen?	182
§ 16 Argumentation – ein Wirkungsfeld für Funktionäre	183
I. Parteien, Verbände, Medien: Die „Großen Drei“ bestimmen das Spiel	183
1. Die Legende vom politisch aktiven Bürger.	184
2. Die politischen Parteien	186
3. Die Verbände	188
4. Die Sonderrolle der Medien	190
II. Volkswillensbildungsprozess in der europäischen Union . .	198
1. Verwobenheit nationaler und europäischer Willensbildung	199

2. Ansätze zur Ausbildung gesellschaftlicher Willensbildung in Europa	199
III. „Konsensdemokratie“	201
§ 17 Schwindende Distanz – wachsende Gefahr für die Freiheit	202
I. Permanente Gefährdung durch Staat und Gesellschaft	202
1. Gefährdung durch den Staat	203
2. Gefährdung durch die Gesellschaft	212
II. Distanzverlust als Folge europäischer Integration	212
Resümee: Die Wandlungen bedrohen die Freiheit	214

Sozialstaatsprinzip

§ 18 Verfassungsrechtliche Grundaussagen.	217
I. Freiheitlicher Sozialstaat	217
II. Das soziale Grundanliegen	220
III. Eckpunkte sozialer Leistungserbringung	223
§ 19 Die zentrale Position des Gesetzgebers.	224
I. Sozialer Ausgleich	225
II. Soziale Sicherheit	228
1. Sozialversicherungsrecht.	229
2. Soziale Entschädigung	230
III. Staatliche Mitverantwortung für die Wirtschaft	230
§ 20 Gefahren und Verwerfungen	233
I. Sozialwohl contra Gemeinwohl	233
II. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik.	234
1. Wegnehmen – Zuteilen – Umverteilen	235
2. Letzte Grenze der Verteilung	236
3. Grenzenloses Verteilen – grenzenlose Wünsche – begrenzte Leistung	238
III. Die Misere der Verhaltensänderung	241
1. Umverteilungsstaat als Konfiskationsstaat – Schonhaltung der Gebenden	241
2. Forderungshaltung der Nehmenden	243
3. Wie kann es weiter gehen?	246

Das Rechtsstaatsprinzip

§ 21 Herrschaft des Rechts	249
I. Rechtsstaat als Verfassungsstaat	250

II.	Primat des Rechts – Ordnung in Freiheit	250
III.	Rechtsordnung als Sozialordnung	251
IV.	Differenzierte Rechtsordnung	253
	1. Das Privatrecht	253
	2. Das Öffentliche Recht	254
V.	Arten und Verbindlichkeit hoheitlicher Verfügungen	255
VI.	Vielfalt der Rechtsregelungen	256
VII.	Rangordnung der Rechtsregelungen	257
VIII.	Durchsetzung der Rechtsordnung	261
IX.	Freiheit, Frieden und Sicherheit	262
§ 22	Staatliches Gewaltmonopol und Rechtsdurchsetzung	264
§ 23	Das Prinzip der Gewaltenteilung	270
	I. Grundanliegen einer Machtmäßigung durch Machtverteilung	271
	II. Grundanliegen einer funktionsgerechten Organstruktur . .	274
	III. Gefährdungen	274
§ 24	Gewährleistung gerichtlichen Rechtsschutzes	276
§ 25	Rechtsstaatliche Verwaltung	277
§ 26	Rechtsstaatliche Prinzipien in der Europäischen Union	278

Zum Ausklang

I.	Erosion der Gerechtigkeit	281
II.	Allgemeiner Orientierungsmangel	283
III.	Verantwortungslosigkeit als Prinzip	284
IV.	Zweifel an der freiheitlichen Demokratie	285
V.	Überforderung des Menschen durch die Menschenrechte? .	286
VI.	Das große Wagnis	290
Liste der verwendeten Literatur		295
Sachregister		304